

DER BREMER ANTIFASCHIST 0,50 €

Landesverband der VVN / Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V.

April 04/2004

Ehrenpreis für die KGS Weyhe-Leeste

Seit der Gründung 1976 gibt es in der KGS Weyhe-Leeste den Fachbereich "GESELLSCHAFT". Diese wird von einzelnen sehr engagierten Lehrerinnen und Lehrern geleitet. Dort gibt es seit 12 Jahren die "Antifa-AG", sie wird von dem Studienrat Ralf Beduhn geleitet. Während einer Schulveranstaltung hatte er einen vor Ort bekannten Neonazi rausgeschmissen. Es handelte sich um ein Mitglied der militanten NPD-nahen Kleingruppe "FREIEN NATIONALISTEN WEYHE".

Wegen seiner konsequenten antifaschistischen Aufklärungsarbeit in Sachen Neonazis handelte Beduhn sich eine Disziplinierung durch die Bezirksregierung Hannover, in Person der Regierungspräsidentin Kruse (SPD), ein. Er sollte 100 DM Strafe zahlen wegen "schuldhafte Verletzung der Dienstpflichten". Er hätte sich "unsachlich, aggressiv und polemisch" mit Rechtstextremismus befasst und somit gegen das "Mäßigungsgebot" verstoßen. Am 25. Oktober 2001 erhielt die ANTIFA-AG

den COURAGE-Preis der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und seit 2002 darf die Schule den Ehrentitel

und Neofaschismus vom "BÜNDNIS FÜR DEMOKRATIE UND TOLERANZ" erhalten. Ihr Engagement ist als "vorbildlich eingestuft" worden. Denn die "Antifa-AG" der KGS leistet "ein beachtliches und ermutigendes zivilgesellschaftliches Engagement".

Die mit dem Ehrenpreis verbundene Prämie von 3.000 Euro wird sicherlich gut und sinnvoll eingesetzt.

Doch nicht nur Ralf Beduhn und die "Antifa-AG" verdienen Lob. Im Gegensatz zu vielen anderen Gemeinden, die oft keinerlei Konsequenz zeigen, wenn es um Neonazis geht, hat sich die Gemeinde Weyhe klar und eindeutig positioniert. Ihre Ortsschilder tragen seit dem Frühsommer 2003 den offiziellen Zusatz: "GEMEINDE GEGEN RASSISMUS UND FREM-

DENFEINDLICHKEIT FÜR TOLERANZ ... WEYHE". Dies macht hoffentlich Mut für weitere Gemeinden.

Gerold



Die Antifaschisten trotzten am 08. Februar auf dem Waller Friedhof Wind und Wetter.

"SCHULE OHNE RASSISMUS - SCHULE MIT COURAGE" tragen. Jetzt hat die Arbeitsgemeinschaft "GEGEN RASSISMUS UND NEOFASCHISMUS - ANTIFA" den Ehrenpreis für das Engagement gegen Rassismus

Trillerpfeifen in Bremerhaven

Bei kräftigem Wind, lautem Mówenge-schrei und ebenso lautem Trillerpfeifen legten am 04. März 236 Soldaten ihren Dienststid auf dem Ernst-Reuter-Platz in Bremerhaven ab. Auf dieser Zeremonie mussten sich Matrosen und ihre Angehörigen die Reden von Kapitänen, Korvettenkapitänen und die des Bremer Innensenators Röwekamp anhören. Trillerpfeifen des Bremer Friedensforums, der Bremerhavener Initiative "Mut zum Frieden" und der Deutschen Friedensgesellschaft ergänzten den Lärm des "Marine Musik Korps Nordsee". Auf ihren Transparenten fragten die Friedensbewegten denn auch "Gelöbnis? Karneval ist doch vorbei!". Für sie ist "die beste Sicherheitspolitik die Abschaffung aller Armeen - auch der Bundeswehr", dagegen das "Militär ein Ungeheuer, erstens tödlich zweitens teuer". Die Bremerhavener Friedensfreunde verwiesen auf die durchaus nicht erfreuliche oder gar friedliche Tradition der deut-

schen Marine. Hier verabschiedete Wilhelm Zwo vor hundertzehn Jahren das so genannte "Straf-Korps" gegen China mit seiner berühmten "Hunnenrede". Von hieraus starteten "Schutztruppler" gegen Hereros und Nama in Südwest-Afrika. Die Tradition lebt in den Namen "Kaiserhafen I bis III" fort. Und dort wurden jüngst Kanonen, Panzer, Jeeps und anderes US-Kriegsgerät in den Irak verladen. "Für ... DFG/VK und dem Bremen Friedensforum ist ein solches Militärspektakel eine Provokation, das zur Militarisierung der Gesellschaft beiträgt und die BürgerInnen auf die neue Rolle der Bundeswehr als weltweit einsetzbare Truppe einchwören (!) soll." So steht es in der Presseerklärung. Wir bereiten uns nun auf das nächste Spektakel vor: 11. November in Bremerhaven, dann allerdings mit Fackelzug vor dem Deutschen Schifffahrtsmuseum - natürlich wieder mit Pfeifen.

Ernst Busche

Aufruf zum Ostermarsch 2004 in Bremen

In Bremen lädt das Bremer Friedensforum am **Sonnabend, 10. April, um 11:00 Uhr** zu einem Treffen am Hauptbahnhof, mit anschließender Demonstration und Kundgebung **um 12:00 Uhr** auf dem Marktplatz, ein. Dort spricht unter anderem Bärbel Schindler-Saewkow vom Deutschen Friedensrat aus Berlin.

Für **Ostersonntag, 11. April**, ruft das Bremer Friedensforum zum Ostermarsch gegen das "Bombodrom" in Fretzdorf/Wittstocker Heide auf.

Wer mitfahren will, der ruft am bestem bei Ernst Busche, Telefon (0421) 35 58 16, an.

Neues, altes Europa - Teil 1

Wenn es nach der Bundesregierung gegangen wäre, hätten sich die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU) bereits jetzt auf ihre erste Verfassung geeinigt, die, soweit es Deutschland betrifft, in Bundestag und Bundesrat dann nur noch mit Zwei-Drittel-Mehrheit abge- nickt werden müsste. Dass dieses Szenario so vorerst nicht eintrat, hatte nichts mit wirklich inhaltlicher Kritik an diesem Verfassungsentwurf, sondern nur mit reinen Machtfragen zwischen der EU und einigen abtrünnigen Mitgliedsstaaten zu tun.

An Hand einiger Thesen werde ich im folgenden die Punkte, die mir positiv oder negativ an dieser Verfassung aufgefallen sind, näher erläutern.

A) Die EU bleibt undemokratisch

Der Verfassungsentwurf lässt zwei wesentliche Tendenzen gegenüber den vorigen EU-Verträgen, erkennen. Einerseits versuchen die Verfasser wesentliche Kompetenzen (Wirtschafts-, Finanz-, Außen-, Militär- und Asylpolitik sowie die Grenzkontrollen) auf EU-Ebene zu zentralisieren. Andererseits gibt es die durchaus lobenswerte Tendenz durch die Verfassung die Zuständigkeiten gegenüber den Mitgliedsstaaten schärfer abzugrenzen als bisher. Auch wenn sich Brüssel über die so genannte Flexibilitätsklausel des Art. 17 von Teil I (im folgenden: Art. I-17 EU-VerfE) ein Hintertürchen für jederzeitiges Eingreifen offen gelassen hat.

Fast unverändert, aber höchst umstritten, bleibt das Zusammenspiel zwischen den vier wichtigsten Organen der EU. Alle wichtigen Entscheidungen treffen nach wie vor der Rat (der Staats- und Regierungschefs) bzw. der Ministerrat (bestehend aus den jeweiligen Fachministern). Wichtigster Streitpunkt in der EU ist derzeit, ob diese Gremien zukünftig nach wie vor fast alles einstimmig oder mehr nach ausgeklügelten Mehrheitssystemen entscheiden. Die ohne jegliche Demokratie agierende Kommission (sozusagen der Vorläufer einer EU-Regierung) arbeitet die Vorschläge für Rat und Ministerrat aus, setzt deren Beschlüsse auch mittels EU-Verordnungen und EU-Richtlinien um und hat die gesamte EU-Verwaltung unter sich.

Das einzige Organ, das demokratisch von den Bevölkerungen der EU-Länder gewählt worden ist, das EU-Parlament, darf nach wie vor den EU-Haushalt genehmigen und bei einigen (immerhin einigen mehr als bisher) Entscheidungen mitentscheiden. Die gesamte Konstruktion ist so intransparent, das die Kompetenzverteilung nach dem Grundgesetz

(GG) regelrecht durchschaubar erscheint und erinnert mehr an die bismarcksche Reichsverfassung zwischen 1871-1918, als an einen demokratischen Rechtsstaat.

B) Die EU verfasst sich kapitalistisch

Hält das GG der BRD die Wirtschaftsordnung noch offiziell offen, so legt sich die EU mit ihrem Verfassungsentwurf auf eine fast schon manchesterkapitalistische Wirtschaftsordnung fest (jedenfalls

außerhalb der Landwirtschaft). Natürlich statt dem bösem Wort "Kapitalismus" immer "Marktwirtschaft" geschrieben, doch am Ende kommt es auf das gleiche hinaus. In Art. I-3 Absatz 3 EU-VerfE strebt die EU zwar u.a. eine wettbewerbsfähige, soziale Marktwirtschaft an, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt, doch bei dieser Absichtserklärung bleibt es.

Fortsetzung auf Seite 4

Legalisierter Diebstahl

Soweit, die "Arisierung" von jüdischem Haus- und Grundbesitz in Bremen als Diebstahl zu bezeichnen, ist Hanno Balz nicht gegangen. Doch nach Beendigung seines ausgezeichneten, vom Verein "Erinnern für die Zukunft" herausgegeben Werkes, erscheint mir diese Bewertung berechtigt zu sein.

Allerdings stellt Hanno Balz auch einen anderen Fragenkomplex in den Mittelpunkt. Er will wissen, welche Handlungsspielräume im Rahmen der "Grundstücksarisierungen" die jüdischen Veräußerer bzw. die nichtjüdischen Erwerber jeweils hatten und inwieweit diese auf beiden Seiten genutzt wurden.

An Hand der bremischen Wiedergutmachungsakten (der Hauptquelle des Autors) können 247 "Arisierungen" in Bremen festgestellt werden. Dabei gab es 190 entgeltliche Veräußerungen (inklusive Zwangsversteigerungen), 48 Einziehungen durch das 3. Reich und neun Schenkungen bzw. Überlassungen. Bei den 190 Veräußerungen wurden Preise erreicht, die durchschnittlich 68 % des amtlichen Schätzwertes der Grundstücke erreichten. Ca. 10-15 % der nichtjüdischen Käufer waren ihrem jüdischen Gegenüber durchaus "wohlgesonnen, und bemüht, das Grundstück unter "anständigen" Bedingungen zu erwerben. Allgemein von "Verschleuderung", meint Hanno Balz, könne in Bremen daher nicht gesprochen werden.

Dass er trotzdem dazu kommt, "Verschleuderungen" anzunehmen, hängt damit zusammen, dass er zu recht die "Arisierungen" als integralen Bestandteil einer Separierungs-, Entrechtungs-, Vertreibungs- und letztendlich Vernichtungspolitik im NS-Staat ansieht. Angesichts der NS-Politik und der antisemitisch aufgehetzten Stimmung in der Bevölkerung fehlte den jüdischen Haus- und Grundbesitzern der entscheidende Handlungsspielraum, nämlich einfach im Besitz ihres Eigentums zu bleiben. Freiwillige Verkäufe erscheinen u.a. wegen der für Altbremer Häuser (die einen Großteil des jüdisch-bremischen Hauseigentums aus-

machten) schlechten Preise und des ab 1938 bei allen Grundstücksgeschäften geltenden gesetzlichen Verbots, mehr als 80 % des amtlichen Schätzwertes als Kaufpreis festzusetzen, sehr unwahrscheinlich. Insoweit ist es meines Erachtens legitim von staatlichen (entsprechend legalisierten) Diebstahl im weitesten Sinne des Wortes mit Hilfe der Erwerber zu sprechen, wobei zumindestens in Bremen die konservativ-hanseatischen Behörden den Wertgewinn aus diesen "Geschäften" im Großen und Ganzen den Erwerbern überließen.

Das Buch ist sehr übersichtlich aufgebaut. Einer Einleitung folgt ein kurzer Überblick über die antijüdische Repressionspolitik, dann die Beschreibung der Politik der "Grundstücksarisierungen" in Bremen, Fallbeispiele (positive und negative) und eine Zusammenfassung. Zusätzlich erleichtert wird dem Leser die Lektüre durch seine leichte Verständlichkeit und den geringen Umfang des Buches. Letzterer ist dem begrenzten Thema des Buches geschuldet. Es werden nur jüdische "Haus- und Grundstücksarisierungen" in Bremen behandelt. "Arisierungen" von Firmen nur insoweit sie auch Grundstücke betrafen. Betrachtet wurde auch immer nur das aktuelle Stadtgebiet. Die 1939 eingemeindeten Gebiete bezieht Hanno Balz auch erst ab dann ein. Ohne Berücksichtigung bleibt der Grundstücksbesitz von anderen Verfolgtengruppen (Sinti & Roma, politischer und religiöser Widerstand). Diese Einschränkungen gleicht Hanno Balz durch umfangreiche Fußnoten und ein informatives Literaturverzeichnis ein wenig wieder aus.

Empfehlen kann ich dieses Buch jedem, der sich für die Entrechtung und Ausbeutung der jüdischen Bevölkerung im Dritten Reich interessiert.

Hanno Balz, Die "Arisierung" von jüdischem Haus- und Grundbesitz in Bremen, Edition Temmen, 2004, 129 S., ISBN 3-86108-689-1, 12,90 Euro.

Ulrich Stuwe

Gröpelingen mit und ohne Kopftuch

Am 17.02.04 lud "Kultur vor Ort" - ins Torhaus Nord in Bremen-Gröpelingen zu der Veranstaltung: "ANGST VORM KOPFTUCH?" ein.

Ich war sehr gespannt, wie diese Diskussion in meinem Stadtteil ausgehen würde, einem Stadtteil in Bremen, in dem es viele Probleme gibt, weil in diesem Stadtteil viele Menschen leben, die den Cent dreimal umdrehen müssen; Menschen, die wissen, was es heißt, den Gürtel enger zu schnallen, weil sie eben nicht, wie anscheinend so viele Politiker, Hosenträger tragen.

Es ist aber auch ein Stadtteil, in dem das Motto gilt: "*Leben und leben lassen.*" Die Alkoholiker etwa, die einen Stammplatz im Grünstreifen haben, an dem sie sich treffen, reden, ja auch trinken - nie aber jemanden anpöbeln, können hier leben. In anderen Stadtteilen wäre schon längst die Polizei alarmiert worden. Die Polizei schaut auch immer mal vorbei, aber nicht, um sie zu vertreiben, sondern um Probleme im Vorfeld zu erkennen, um Ansprechpartner auch für diese Menschen zu sein. Es ist ein Stadtteil, in dem man unbehelligt mit orangem Sternen-Haarschnitt, mit und ohne Kopftuch oder Verschleierung durch die Straßen gehen kann, ohne Gefahr zu laufen, belästigt zu werden.

Es waren erstaunlich viele Leute (40 bis 50) gekommen - Männer und Frauen mit und ohne Kopftuch. Ich hatte so etwas wie eine Podiums-Diskussion erwartet. Wissenschaftler erzählen uns was und wir nicken ergeben oder protestieren. Dass wir alle das Podium waren, war erst etwas irritierend, dann aber sehr angenehm, weil sich so ein fassettenreiches Bild entfalten konnten, was Wir zum Thema Kopftuch denken. Eines stellte sich schon ganz zu Anfang heraus: Die meisten Anwesenden hatten keine Angst vor dem Kopftuch. Einem Stück Stoff, das auch bei uns bis vor kurzem auf dem Lande verbreitet war und das auch einige Bremerinnen, bei dem immerwährenden Wind in unserer Stadt auf dem Weg zu einer Verabredung, durchaus zu schätzen wissen.

Wovor viele Deutsche, aber auch manche nicht kopftuchtragende muslimische Frauen Angst haben ist, dass mit dem vermehrten Tragen des Kopftuches, auch eine wieder erstarkende Unterdrückung der Frau einhergehen könnte. Das grundsätzliche Problem beim Thema Kopftuch ist, dass alle Frauen mit mehr oder minder dunklen Augen und Kopftuch über einen Kamm geschoren werden.

Es ist halt für uns Menschen am einfachsten linear zu Denken: "KOPFTUCH = ...?" Ja, was bedeutet denn Kopftuch? oder, um die Überlegung in ruhigere Gewässer zu

lenken, was bedeutet das Kreuz, das viele Christen um den Hals oder im Ohrläppchen tragen, was bedeutet der Fisch, den man immer häufiger an Autos findet? Er bedeutet nichts anderes, als "ich bin Christ" oder "ich bin im Moment Christ" - denn auch viele Atheisten haben zwischenzeitlich ihre christliche Phase. Und das C-M-B (die Sternsinger gehen in katholisch dominierten Gegenden von Haus zu Haus und malen mit Kreide die Anfangsbuchstaben der drei Heiligen Könige und das Datum über die Eingangstür) heißt eben auch nur, "ich bin Katholik". Es heißt nicht: ich lebe nach dem alten Testament, in dem so schöne Sachen stehen wie "wer den Namen des Herrn lästert, der soll gesteinigt werden." Dieses Gebot gilt für Einheimische wie für Fremdlinge. Womöglich also auch für denjenigen, der den ortsansässigen Gott - hier den christlichen - gar nicht kennt.

In der Bibel gibt es aber auch viele Gebote der Liebe. Und in der Bibel finden wir übrigens auch das Gebot: "Du sollst dein Haupt bedecken." (Siehe hierzu die Bibel u.a. 3. Mose - Leviticus 24 (11 ff.)). Das Gebot sich zu verhüllen, finden wir auch im Koran (Sure 33, 59), allerdings muss dieses Gebot - wie auch die Gebote der christlichen Bibel - in seinem historischen Kontext gesehen werden. Frauen trugen damals Röcke und lange Kopftücher. Mit letzteren bedeckten sie nicht nur ihren Kopf, sondern auch an Stelle von Jacke und Bluse, die es noch nicht gab, ihren Oberkörper. Hatten sie Interesse an einem Mann, so gewährten sie ihm Einblick unter ihr "Kopftuch".

Eine gläubige Muslima muss also kein Kopftuch tragen, was auch eine kopftuchtragende Muslima mehrmals betonte. Ein Kopftuch kann religiöses Zeichen oder modisches Accessoire sein.

Es kann von Unterdrückung zeugen oder aber von Selbstbestimmtheit, von einem Selbstbewusstsein, dass erst die zweite oder dritte Generation entwickeln konnte, weil bis dahin die meisten Muslima nach dem Motto lebten, bloß nicht auffallen. Auch zeugt die Verbreitung des Kopftuchs natürlich davon, dass Muslima heute nicht mehr nur zu Hause im stillen Kämmerlein herum sitzen. Die Frage heißt also nicht, "Angst vor dem Kopftuch?", sondern "Angst vor dem Kopftuch, das als religiöses Zeichen getragen wird?".

Und auf diese Frage spitzte sich denn auch die Diskussion zu. Eine Frau ohne Kopftuch äußerte ihre Befürchtung, dass das Kopftuch - für sie ein Zeichen der Unterdrückung der Frau - sich immer mehr verbreiten könne und somit muslimische Frauen wieder mehr unterdrückt würden. Eine Muslima mit Kopftuch gab zu bedenken, dass wenn sie alle so unterdrückt seien, dass gerade dann es überhaupt kei-

nen Grund gäbe, irgendetwas gegen Kopftücher in der Öffentlichkeit und auch in der Schule zu unternehmen, denn eine unterdrückte Frau habe nie und nimmer die Möglichkeit Kinder zu indoktrinieren. Eine ältere Dame mit Kopftuch meinte, dass das Kopftuch erst jetzt ins Blickfeld rücke, weil muslimische Frauen erst jetzt nicht mehr nur als Putzfrau in Erscheinung treten, sondern gebildet genug sind und angesehene Berufe ausüben und ausüben wollen.

Was eben auch beinhaltet, selbstständig und damit unabhängig vom Mann zu werden. Gerade die Frauen, so eine andere Muslima, würden daher eine Brückenfunktion haben und eben Vorbilder und Identifikationsfiguren für ein gleichberechtigtes Nebeneinander von Mann und Frau sein.

Ein Muslim unterstrich, dass kopftuchtragende Musliminnen nicht per se unterdrückt werden. Seine kopftuchtragende Frau habe ihn aufgeklärt, dass er sich von seiner Frau nicht scheiden lassen dürfe, weil sie kein Kopftuch trage, das stehe so im Koran drin. Er habe das überprüft und wisse jetzt, dass seine Frau Recht hat und er sei, froh wieder etwas dazu gelernt zu haben. Die Aussage zeugt vordergründig von tiefverwurzelten patriarchalen Denkstrukturen, sie zeugt aber auch davon, dass dieser Mann sich verändert. Er hört seiner Frau nicht nur zu, er freut sich so sehr darüber, dass sie Recht hat, dass er es in aller Öffentlichkeit erzählt und er gibt so gar zu, dass er selber falsch lag. Das mag vielleicht lächerlich klingen, aber jeder Weg wird mit dem ersten Schritt begonnen. Es braucht sehr viele Schritte bis man am Ziel ist und dieser Muslim ist schon ein ganzes Stück gegangen. Auf einen anderen Aspekt wies eine Erzieherin mit Kopftuch hin. Sie bastele mit den Kindern regelmäßig Weihnachts- und Osterschmuck, also Symbole, die zwar aus dem Heidentum stammend, heute mit dem Christentum identifiziert werden und zu ihm gehören. Wenn also das Kopftuch aus dem öffentlichen Raum und aus den Schulen verbannt werden sollte, dann, so meint sie folgerichtig, müssen auch alle christlichen Symbole und eben nicht nur Kreuze aus der Öffentlichkeit verschwinden. Mal ganz ehrlich, nicht mal ich, als Atheistin, möchte auf Weihnachtsbaum und bunte Eier verzichten.

Mir persönlich gehen zu diesem Thema seit dieser Diskussion noch mehr Gedanken als ohnehin schon durch den Kopf. Die Frage ist, was wir wollen. Wir möchten, dass der "Fremdling" zu einem Mitbürger wird. Wir wollen ihm zeigen, wie schön unser Land, wie begehrenswert unsere Kultur ist. Wir wollen ihn nicht assimilieren - ihn uns nicht mit Haut und Haar einverleiben, gleichmachen oder doch?

Weiter auf Seite 4

Gröpelingen mit und ...

Fortsetzung von Seite 3

Welches muslimische Mädchen, dem ich ihr Kopftuch vom Haupt reiße, welcher Mensch, der ständig irgendwo auf Ablehnung stößt - "Ausländer raus!!!" - wird wohl noch bereit sein, sich zu öffnen für meine Kultur. Ist da noch verwunderlich, dass sich muslimisch stämmige Menschen auf ihre Wurzeln besinnen, dort die Geborgenheit, das "Angenommensein" suchen, das ihnen draußen verwehrt wird, egal wieviele Jahrzehnte sie schon hier leben. Für mich stellen sich daher folgende Fragen: Kopftuch in der Öffentlichkeit? Ja, unbedingt. Nur die Vielfalt der Religionen kann der Gefahr des Dogmatismus, des Fundamentalismus entgegenwirken.

Schülerinnen mit Kopftuch? Die Gefahr, dass Mädchen von anderen Mädchen zum Tragen des Kopftuches gezwungen werden - gegen ihre Eltern können sie sich ohnehin nicht wehren - ist gegeben und man muss hier genauso wachsam sein, wie beim Thema Gewalt in der Schule, die allzugerne übersehen wird, um nicht handeln zu müssen. Dennoch halte ich hier ein Verbot für kontraproduktiv. Eindeutig ist für mich auch, dass die Teilnahme an allen Schulfächern verpflichtend ist. Dazu darf es freilich kein Fach christliche Religion, biblische Geschichte oder wie auch immer dieses Fach genannt wird, mehr geben.

Es muss ein Fach Religionen her. Denn nur wenn wir alle Atheisten, Christen, Muslime, Juden, Buddhisten, ... möglichst viel von einander wissen, werden Konflikte zwischen den Religionen zu einer Bereicherung, zu einer Möglichkeit, seine Religion weiterzuentwickeln, Auffassungen zu überdenken und zu revidieren und nicht zu einer Gefahr. Schwimm- und Sportunterricht für Muslima? Auf jeden Fall verpflichtend. Spätestens seit der letzten Schwimmweltmeisterschaft wissen wir, dass es für Männer und Frauen Ganzkörperschwimmzüge gibt, noch die Badekappe auf und fertig ist die züchtige Schwimmerin. Ein Muslim sagte: *"Einverstanden, aber nur wenn Jungens und Mädchen getrennt schwimmen."* Daran soll es nicht liegen, das wird sich schon organisieren lassen in einer Großstadt wie Bremen.

Wirklich schwierig ist nicht nur für mich die Frage: Lehrerin mit Kopftuch? Die Frage ist einfach zu beantworten vor dem Hintergrund der Kreuzfix-Debatte. Wo ein Kreuz in einer staatlichen Schule hängt, muss auch eine Lehrerin mit Kopftuch unterrichten dürfen, nur wie ist es dort, wo keines hängt? Auf diese Frage weiß ich keine Antwort, nicht heute und vielleicht auch in ein paar Jahren nicht. Ich hatte einen Lehrer, der immer mit Anzug, Fliege und Taschenuhr zum Unterricht erschien, ein anderer trug Birkenstocksandalen.

Auch der Religionsunterricht, den ich besucht habe, weil meine Eltern der Auffassung waren, es sei wichtig, die Umgebungsreligion - damals die christliche - kennenzulernen, hat mich zu dem Menschen werden lassen, der ich heute bin. Nur eines ist für mich eindeutig, wenn das Kopftuch verboten wird, dann will ich auch kein Kreuz mehr in Schulen sehen und zwar auch dann nicht, wenn die Eltern sich nicht beschweren, wenn eines dort hängt. Und wenn wir den Gedanken weiter spinnen, dann will ich auch von christlichen Kindergärten eingestellt werden, was zur Zeit mit Hinweis auf meine Konfessionslosigkeit nicht der Fall ist und das, obwohl wir alle mit unseren ganz normalen Steuern und eben nicht nur mit den

Niederländische "Fremdarbeiter" ...

... in Oldenburg während des 2. Weltkriegs

So stand es auf Plakaten und Einladungen, die zu einem Festakt am 12. Februar 2004 um 10:00 Uhr in das Kulturzentrum PFL einluden. Dort übergab der Oldenburger Stadtarchivar Belege, Dokumente und Aktenvermerke über niederländische ZwangsarbeiterInnen an die "Stichting Oorlogs- en Verzetsmateriaal" (Archiv für Kriegs- und Widerstandsdokumente). Monique Brinks, die Koordinatorin des Archives aus Groningen nahm sie entgegen.

So versuchten sich die Verantwortlichen der Stadt und ihres Archivs, die den ZwangsarbeiterInnen in den vergangenen Jahren von sich aus nicht bei der Ausstellung von Arbeitsnachweisen, die für die Beantragung von Entschädigungsleistungen notwendig waren, behilflich waren, jetzt, wo es nichts mehr kostet, in ein gutes Licht zu stellen. Aart Pontier, ein ehemaliger Zwangsarbeiter, der zwei Jahre im nationalsozialistischen Deutschland versklavt war, las aus seinen Erinnerungen. Katharina Hoffmann (Historikerin aus Oldenburg) brachte den der Einladung folgenden Gästen die Fakten näher. Vor ihrem Vortrag sprach der Erste Bürgermeister Nehring (SPD) ein paar peinliche und unverschämte einleitende Worte. Er bedauerte, dass es in Oldenburg keinen Widerstand gegen die Nazis gegeben habe. Dann bat er in dreister Scheinheiligkeit ohne jede Andeutung auf die bis heute verweigerte kommunale Entschädigung alle ZwangsarbeiterInnen pauschal um Verzeihung.

Bis heute gibt in Deutschland kaum mehr als fünf Städte, die ihre ehemaligen ZwangsarbeiterInnen entschädigen, unabhängig davon, ob diese auch Gelder aus dem Schlussstrichfonds der Bundesregierung und der Industrie erhalten. Die Initiative zur Entschädigung ehemaliger ZwangsarbeiterInnen versucht die Stadt

Kirchensteuern diese Einrichtungen finanzieren. Vielleicht wäre eine Lösung, den Davidstern, den Halbmond, das Kreuz, eine Buddha-Statue, ... in den Schulen aufzustellen. Vielleicht auch nicht.

Diese Diskussion hat mir sehr gut getan, auch und gerade weil der Abend getragen war, vom gegenseitigen Verstehenwollen, von gegenseitiger Toleranz. Es gab keine Schläge unter die Gürtellinie, keine lauten Worte. Ich bin vor vier Jahren von St. Magnus in diesen Stadtteil gezogen und gerade solche Veranstaltungen tragen dazu bei, dass ich mich hier rundum wohlfühle, dass es mein Stadtteil geworden ist.

Silke

Oldenburg zur Schaffung eines stadteigenen Fonds zu bewegen. Die Stadt profitierte in großem Ausmaß von der Ausbeutung der ZwangsarbeiterInnen. Sie ließ diese u.a. die kriegswirtschaftlich wichtige Umgehungsstraße bauen - die Grundlage des heutigen Oldenburger Autobahnringes. Niederländische ZwangsarbeiterInnen mussten vor allem als Busfahrer und Schaffnerinnen den öffentlichen städtischen Nahverkehr aufrechterhalten.

ZwangsarbeiterInnen, die Widerstand leisteten oder die Arbeitsnormen nicht erfüllten, inhaftierte die Stadt in ein eigenes Gestapogefängnis und ein Arbeitserziehungslager. Katharina Hoffmann wartete während der Veranstaltung mit Daten und Zahlen auf: Von den 12.000 in Oldenburg eingesetzten ZwangsarbeiterInnen waren 22% NiederländerInnen. Sie stellten damit die drittgrößte Gruppe. Im Gau Weser-Ems waren es 1.600 niederländische Zwangsarbeiterinnen und 18.400 Zwangsarbeiter. Mitte der 80er Jahre wurde damit begonnen, Daten über Zwangsarbeit zu erfassen bzw. zusammen zu tragen. 2.003 niederländische Namen wurden auf 668 Seiten zusammengefasst. Diese wurden nun feierlich übergeben.

Abschließend erzählte Aart Pontier ein Beispiel, wie die vermeintliche Kollaboration vonstatten ging. Kurz gesagt konnten die Betroffenen wählen; zwischen ihrer Erschießung oder der Mitarbeit in der Kriegsmaschine Deutschlands. Pontier erwähnte als einziger bei der Veranstaltung, dass die ehemaligen ZwangsarbeiterInnen bis heute vergeblich auf ihren Lohn warten. Für den musikalischen Rahmen war der niederländische Liedermacher Johan Meijer verantwortlich. Er und zwei Begleitmusiker durften drei seiner Lieder, die sich mit den Themen Krieg, Verfolgung und Deportation befassen, vortragen. ZuhörerInnen waren u.a. ca. zweihundert Oldenburger SchülerInnen.

Ruth Rieß

Widerstand hinter Gittern

Wenig bekannt ist in Bremen über die Widerstandstätigkeit im Zuchthaus Oslebshausen in den Jahren 1933 bis 1945. Am 05.02.1874 eröffnet, wurde Oslebshausen 1931 als Teil des norddeutschen Gefängnisverbundes Zuchthaus für Männer. Nach der Absetzung des sozialdemokratischen Gefängnisdirektors Emil Sonnemann wurde unter SA-Führer Werner Wegener das System der Sicherungsverwahrung ausgedehnt, Disziplinierung und Abschreckung wesentliches Mittel der Verwahrung.

Die Zahl der politischen Häftlinge stieg in kurzer Zeit auf über 1.200 an. Die Unterbringung erfolgte teilweise auch in besonders bewachten Barackenlagern auf dem Neuenlander Feld und auf Bahrs Plate, später auch in den Emslandlagern. Formierte sich im Zuchthaus Oslebshausen eine Keimzelle des deutschen Widerstands? Hier trafen sich Anton Saewkow und Franz Jacob.

Anton Saewkow, am 22.07.1906 in Berlin geboren, wurde 1933 verhaftet und 1934 zu einer zweijährigen Zuchthausstrafe in Fuhsbüttel verurteilt. Anschließend wurde er ins KZ Dachau verschleppt, unter den

Bedingungen von Isolierung, Hunger, Prügeln und Dunkelhaft. Eine Gedenkfeier von 50 Häftlingen im Zuchthaus, anlässlich der Hinrichtung von Etkar André, führte zu

ländischen Zwangsarbeitern und zur politischen Emigration in Schweden. Am 22. Juni 1944 trafen sich Franz Jacob und Anton Saewkow mit Dr. Julius Leber und



Der Bunker an der Admiralstraße zeigt Szenen aus Widerstand und Verfolgung. Dieser Ausschnitt zeigt den Volksgerichtshof und das Fallbeil.

einer weiteren Haftstrafe und Verlegung. Franz Jacob, geboren am 09.08.1906 in Hamburg, leitete von Februar bis August 1933 den Widerstand in Bremen, wurde verhaftet und zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt, die er in Oslebshausen absaß. Von dort wurde er ins KZ Sachsenhausen verschleppt.

Nach seiner Freilassung gehörte er von 1942/1943 an zur operativen Leitung der KPD in Berlin, zusammen mit Anton Saewkow, Bernard Bästlein, Georg Schumann, Theo Neubauer und Magnus Poser. Sie verfügte über Stützpunkte in 30 wichtigen Großbetrieben Berlins und hatte Verbindungen zu Widerstandsorganisationen im Mitteldeutschen Industriegebiet und im Rheinland, zu sozialdemokratischen Arbeitern und gutbürgerlichen Kreisen, zu aus-

Prof. Dr. Adolf Reichwein zu Beratungen über gemeinsame antifaschistische Aktionen. Im Juli 1944 wurden beide verhaftet.

Am 18. September 1944 wurden Anton Saewkow, Franz Jacob und Bernhard Bästlein im Zuchthaus Brandenburg-Görden hingerichtet. Im Sinne der Bewegung Freies Deutschland forderte Anton Saewkow in seinem politischen Testament, Betriebe nationalsozialistischer Unternehmer, insbesondere der Schwer- und Schlüsselindustrien, sofort zu enteignen, die selbstgewählten Betriebsräte und Obleute zu Machtorganen zu machen, zu bewaffnen, die Einheitsgewerkschaft zu schaffen und das neue Deutschland auf Grundlage von Volksausschüssen von unten aufzubauen.

Raimund Gaebelein

Nachruf

Am 28.02.2004 wurde unser junger Kamerad Achim Schreiner unter bisher ungeklärten Umständen tot aufgefunden. Er war aktiv in den Bremerhavener Bündnissen "Mit zum Frieden" und "Menschen gegen soziale Kälte", Dort wurde er auf einer Behindertentagung in den Vorstand gewählt. Bei "Mut zum Frieden" ging es um eine Bewegung gegen die Truppenentsendung nach Afghanistan. Hierzu hielt er einen Redebeitrag.

Der Landesvorstand

Fortsetzung von Seite 2

Im Teil III, der Einzelregelungen in den Bereichen, wo die EU gesetzekompetent wäre, ist von sozial nicht mehr die Rede. Die Wirtschaftspolitik der EU und der Mitgliedstaaten ist dem Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb verpflichtet (Art. III-69 EU-VerfE). Vorrangiges Ziel der Währungspolitik ist Preisstabilität (Art. III-77 EU-VerfE). Andere Ziele, wie Vollbeschäftigung, ausgewogenes Wirtschaftswachstum etc. spielen keine Rolle. Zur Beschäftigungspolitik heißt es "Die Union und die Mitgliedsstaaten arbeiten... insbesondere auf die Förderung der Qualifizierung, Ausbildung und Anpassungsfähigkeit der Arbeitnehmer und der Fähigkeit der Arbeitsmärkte hin, auf die Erfordernisse des wirtschaftlichen Wandels zu reagieren" (Art. III-97 EU-VerfE), d.h. der Arbeitnehmer hat sich als Humankapital uneingeschränkt den Wünschen der Wirtschaft anzupassen. So ist denn die Sozialpolitik der EU und der Mitgliedsstaaten auch der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft der EU untergeordnet (Art. III-103 EU-VerfE). Sozialstaatsklausel des GG ade; dem Sozialkalkahlschlag sind Tür und Tor geöffnet.

Dieser Artikel wird im Mai fortgesetzt.

Erika Klantz

Männer und Frauen des Widerstandes, Verfolgte und Opfer des NS-Regimes gründeten 1947 die "Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes". 1971 öffnete sie sich für jüngere Mitglieder als VVN-Bund der Antifaschisten. Sie hat sich als überparteiliche Bewegung zum Ziel gesetzt, eine neue "Welt des Friedens und der Freiheit" zu erringen.

- Ich möchte mehr über die VVN-BdA wissen.
- Ich bin bereit, einzelne Aktionen zu unterstützen und möchte informiert werden.
- Ich möchte in die VVN-BdA eintreten.
- Ich möchte den "Bremer Antifaschist" probeweise / regelmäßig beziehen.

Mich interessieren vor allem folgende Themenbereiche:

- Einwanderer und Flüchtlinge
- Neofaschismus
- Frieden/Antimilitarismus
- Geschichtsforschung
- Erinnerungsarbeit

Name _____
 Vorname _____
 Straße _____
 PLZ, Ort _____
 Geb.-Datum _____
 Bremen, den _____
 Unterschrift _____

Bitte einsenden an:
 VVN-BdA Bremen e.V.,
 Bürgermeister-Deichmann-Straße 26,
 28217 Bremen

Erwartungen erfüllt?

Weniger Teilnehmer als erwartet, aber dennoch gut besucht, so die erste Bilanz der diesjährigen Nordkonferenz in Heideruh. Eine ganze Reihe neuer Gesichter war zu sehen. Die Tagesordnung bot ausreichend Gelegenheit zur Diskussion. Nach einer kurzen Vorstellungsrunde erhielten die Anwesenden eine Fülle von Informationen über Zwangsarbeiter, Lager und Todesmärsche im westlichen Mecklenburg. Viele Straßen erhielten nach 1989 Fürstennamen, Denkmäler wurden gestürzt, Arbeiterbewegung und antifaschistischer Widerstand sollten zurückgenommen werden, wenigstens gedanklich, VdN-Gedenksteine umgestaltet zu Gedenkpunkten für Opfer der Gewalt der "beiden Diktaturen", Mittel zum Erhalt und für die Betreuung von Besuchern gestrichen, selbst dann, wenn es ein breites internationales Interesse am Erhalt der Gedenkstätte gibt, wie am Museum Belower Wald, dem Endpunkt des Todesmarschs von Sachsenhausen nach Schwerin.

Es gibt zum Glück aber auch gegenläufige Tendenzen, wie die Initiative der mecklenburgischen Sozialministerin Marianne Linke in Alt-Rehse zeigt, wo sie im Museum der NS-Reichsärzteschule auf die Verbrechen der Euthanasie aufmerksam machte. Karlheinz Schütt berichtete über das fast vergessene Frauen-KZ in Neustadt/Glewe. Am 01.09.1944 wurden 300 Frauen aus Ravensbrück für die Flugzeugwerke nach Neustadt/Glewe geholt, 900 folgten Weihnachten. Mitte Februar 1945 kamen Jüdinnen, die in der Munitionsfabrik Union in Auschwitz gearbeitet hatten. Von 4.500 bis 6.000 KZ-Häftlingen kamen 1.000 ums Leben, 560 konnte Karlheinz namentlich erfassen. Ein erstes Buch erschien im GNN-Verlag. 200 Zeitzeugen aus Israel wurden angeschrieben, 70% antworteten mit der Schilderung ihrer Erlebnisse. Der Einladung zu einem Treffen

anlässlich des Tags der Befreiung folgten 1999 zahlreiche Frauen. Das Krankenbuch des Lagerreviers konnte ausfindig gemacht werden.

Den zweiten Schwerpunkt der Nordkonferenz bildete die Arbeit der Neofa-Kommission Küste. Vor vier Wochen hatte sie sich zur Bestandsaufnahme in Hamburg getroffen. In Mecklenburg-Vorpommern spielen neofaschistische Parteien kaum eine Rolle, dagegen sind die Kameradschaften stark vertreten, verteilt über das ganze Land. Der Kreisverband Stade setzt verstärkt auf öffentliche Aufklärungsveranstaltungen. In den ländlichen Kreisen ausserhalb Bremens formieren sich neofaschistische Grüppchen. Insgesamt kommt es im Norden zu einer Neuformierung der Deutschen Partei. In Vorträgen vor der Schülerschaft am Tag der Befreiung von Auschwitz, in Führungen bei Rathausausstellungen der "Schulgeschichtlichen Sammlung" in Bremen oder in Auftritten im Lokalfernsehen am Vorabend des Gedenkens an die Reichspogromnacht lässt sich über Zeitzeugen Wissen und antifaschistische Grundhaltung weitertragen. Es ist Wert darauf zu legen, die gesellschaftlichen Hintergründe deutlich zu machen. Trotz großer Unterschiede der Arbeit der einzelnen VVN-Landesverbände hatte sich die Küstenkonferenz am 17. Januar Arbeitsaufträge gegeben. Wie können die Verantwortlichen stärker in die Pflicht genommen werden sich ihrer Verantwortung zu stellen?

Einer ausführlichen Darstellung der politischen und ökonomischen Hintergründe der neuen deutschen Sicherheitspolitik durch Bernd Meimberg folgte eine lebhaft Diskussions zur gewachsenen Macht der Märkte. Weltweite Militärintervention bezweckt Sicherung der wirtschaftlichen Interessen des Westens. Der 11. Septem-

ber bot die Chance zur Durchsetzung längst angelegter Pläne ohne nennenswerten öffentlichen Widerstand. Der Irakkrieg machte die US-Strategie deutlich, nach der die US-Vorherrschaft in keiner Weise angekratzt werden darf. Die EU-Richtlinien ebnet der Bundesregierung den Weg zum Zugriff auf das Atomwaffenarsenal. Verstärkte Handlungsfreiheit beinhaltet die Fähigkeit zum atomaren Erstschlag. Die Verteidigungspolitischen Richtlinien seit Mai 2003 sind darauf angelegt, die Einsätze der Bundeswehr unabhängig von parlamentarischer Einflussnahme zu gestalten. Demgegenüber bleiben die Notstandsgesetze von 1968 blass. Die EU-Verfassung ist auf dem Hintergrund globaler Entwicklung seit 1992 zu sehen, einer Machtverschiebung zugunsten des Weltwährungsfonds und der Welthandelsorganisation.

In Vertretung der Mecklenburger Sozialministerin Dr. Marianne Linke erläuterte Staatssekretär Dr. Fredersdorf die Auswirkung des sozial- und gesundheitspolitischen Kahlschlags in einer besonders benachteiligten Region (Arbeitslosigkeit in Mecklenburg-Vorpommern 21,2%). Ein Hauch von Wahlkampf war in Heideruh zu verspüren. Der gegenwärtige Umbruch in der Sozialpolitik beruht wesentlich auf der Globalisierung der Märkte (Totschlagargument: Standortfrage) und der sozialdemographischen Entwicklung, der Alterung der Gesellschaft bei ausbleibendem Geburtenzuwachs.

Die Arbeitsgesetzgebung, besonders Hartz IV, fördert den Lohnabbau (Stichwort: Senkung der Lohnnebenkosten). Die Existenzgrundlage wird langfristig auf 40% des Durchschnittsnettolohns abgesenkt werden. In einer spannenden Diskussion wurde erörtert, welche Möglichkeiten zur Gestaltung auf Landes- bzw. Gemeindeebene überhaupt gegeben sind. Dr. Fredersdorf zeigte deutlich illusionslos die geringen Gestaltungsfreiräume auf. Eine besondere Belastung stellt dabei die enorme Verschuldung der Gemeinden dar, die verstärkt zum Verkauf der gemeindeeigenen Energiever- und Entsorgungsbetriebe führt.

Raimund Gaebelein

www.vvn-bda.de

"Der Bremer Antifaschist" ist die Zeitung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V. (VVN-BdA)

Wir sind regelmäßig erreichbar in der Bürgermeister-Deichmann-Straße 26, 28217 Bremen-Walle

Tel.: 0421/38 29 14

Fax: 0421/38 29 18

E-Mail: bremen@vvn-bda.de
Internet: www.vvn-bda.de/bremen

Montag: 17:00 - 18:00 Uhr

Donnerstag: 18:00 - 19:00 Uhr

Für unsere Arbeit werden dringend Spenden benötigt:

Die Sparkasse in Bremen

BLZ: 29050101 - Konto-Nr.: 1031913

Wir sind vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt.

Antifaschistische Stadtrundgänge können entweder im Büro (siehe links) oder unter 6163215 (Raimund Gaebelein) angemeldet werden.

Der Geschäftsführende Vorstand trifft sich montags von 18:00 - 19:30 Uhr.

Der Landesvorstand trifft sich am letzten Montag eines Monats von 18:00 - 20:30 Uhr.

Die Sitzungen sind mitgliederöffentlich.

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluss ist am 05. des Vormonats

V.i.S.d.P.: Raimund Gaebelein

Nachdruck ist mit Quellenangabe und Belegexemplar erwünscht!